Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 54 (1975)
Heft: 1

Artikel: Wirtschaftskrise der Industrienationen 1975
Autor: Walter, Emil J.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338978

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Prof. Dr. Emil J. Walter

Wirtschaftskrise der Industrienationen 1975

Schon seit einer Reihe von Jahren haben wir an dieser Stelle auf die kontinuierliche Verschärfung der weltwirtschaftlichen Situation hingewiesen [1]. In der Zwischenzeit haben sie die Verhältnisse im Bereiche der Industriestaaten derart zugespitzt, dass ohne Bedenken von einer bevorstehenden Weltwirtschaftskrise gesprochen werden kann, trotzdem es klar ist, dass deren Ausmasse und ihre Entwicklung in den kommenden Jahren keineswegs der Weltwirtschaftskrise 1919/31 der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg entsprechen wird. Aber nach dem geschichtlichen Wendepunkt des Jahres 1971 ist auf dem Wege von der Spekulationskrise über die Struktur- und Energiekrise 1973/74 eine immer schwerer werdende Krise der Volkswirtschaft führender Industriestaaten geworden.

Zur Vorgeschichte

Im Gegensatz zum Völkerbund der Periode nach dem Ersten Weltkrieg konnte sich die *Uno* als internationale Organisation seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges behaupten und erweiternd ausbauen. Sie umfasst heute 138 grösste, grosse, mittlere, kleine und kleinste Staaten. Nur wenige immer noch gespaltene Staaten oder Staaten mit ungelösten weltpolitischen Problemen oder schliesslich auch die Schweiz gehören der Uno noch nicht an. Ihre innere Struktur hat sich praktisch seit ihrer Gründung gewandelt. Direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zerfiel die Staatenwelt der Erde in die Blöcke der Sieger und der Besiegten, in eine Dritte Welt der Neutralen und die unter der europäischen Kolonialherrschaft fallenden afrikanischen und ostasiatischen Staaten. Durch den weltpolitischen Gegensatz von kommunistischen und freien Industriestaaten, die Entkolonalisierung der westeuropäischen Kolonien, weit über die nationalen Grenzen sich auswirkende Tendenzen zur Nationalisierung von sozialen, wirtschaftlichen und rassischen Gegensätzen ist aus dem Dreierschema der westlichen freien Industriestaaten zum kommunistischen Ostblock und der Welt der Entwicklungsländer ein viel komplizierteres Schema geworden, in welchem sich die Beziehungen sowohl im kommunistischen Block und bei den westlichen Industriestaaten als auch im restlichen Bereich der Entwicklungsländer vielfach überschneiden, indem vor allem eine Vierte Welt im Zusammenhang mit der Energiekrise entstanden ist, welche als neue feudal-kapitalreiche Gläubigerländer künftig den weitgehendsten Einfluss auf die Zahlungsbilanzen und die Investitionspolitik der Industriestaaten ausüben werden.

---

[1]) Siehe «Profil» November 1971, März, Juli und September 1973.

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Im Herbst 1974 ist die weltweite wirtschaftliche Entwicklung im Zusammenhang mit der Ende 1973 ausgelösten Energiekrise auf dem arabischen Erdölmarkt gekennzeichnet durch eine stete Steigerung «der» Inflation respektiv Geldentwertung trotz einem politischen Kampf gegen die Inflation bis spektakulären Tiefkursen auf den wichtigsten Börsenplätzen nebst Zinssätzen für kurzfristiges Geldkapital auf den Geld- und Kapitalmärkten von 7, 8, 10 und mehr Prozent. Demzufolge eine zunehmende Zahl von Konkursen mittleren bis grösseren Unternehmungen nicht nur in den Vereinigten Staaten, in Grossbritannien, Frankreich und Italien, sondern bereits schon in Westdeutschland und auch in der Schweiz. Während die Stahl- und die chemische Industrie über eine noch normale Auftragslage berichten, gibt es in allen Ländern Industriezweige, die über eine zurückweichende Nachfrage klagen. Besonders betroffen ist die Automobil- und Bauindustrie, in der Schweiz auch die Schuhindustrie, während chemische Industrien, Uhrenindustrien, Metallindustrien noch über ein schönes Polster von Arbeitsaufträgen verfügen. Aber bedenklich ist in erster Linie die Tatsache, dass die öffentliche Hand in den meisten in Betracht fallenden Ländern als Folge einer irrigen Einschätzung des wirtschaftlichen Wachstums die Inflation durch Defizite der Staatsverwaltung aufrechterhalten. Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Erfolgen der zweiten technischen Revolution in der Nachkriegszeit entwickelten sich wachstumstheoretische Spekulationen auch an unseren Hochschulen, welche durchaus utopische Möglichkeiten über die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft verbreitet haben. [2]

Die geistigen Wurzeln der gegenwärtigen Entwicklung reichen weit in die Nachkriegsperiode zurück. So hat der bekannte sozialistische Gelehrte Fritz Baade von der Kieler Universität in zwei Untersuchungen über die Zukunft der Entwicklung der Bevölkerung und über die Energiewirtschaft nachzuweisen versucht, dass u.a. durch Rodung der Wälder des Amazonasgebietes genügend Ackerfläche für die Ernährung von quasi unbeschränkten Menschenmassen [3]gewonnen werden könne, das

---

[2]) So behauptete in der NZZ vom 19. August dieses Jahres in einem «Verhaltensforschung und Politik» überschriebenen Artikel der Mediziner und Lokalpolitiker Dr. J. J. Hegg, es sei zur Zeit «kein Naturgesetz bekannt, das es als unmöglich erscheinen lässt, eine Weltbevölkerung von sagen wir 60 Milliarden mit allen notwendigen Lebensgütern zu versorgen, eine fortgeschrittene Technik vorausgesetzt.» Natürlich bestehen entsprechende Naturgesetze, nämlich in erster Linie die Gesetze von der Erhaltung der Energie und der Entropiesatz. Siehe u. a. «Zeiten des technischen Umbruches» in ‚Bild der Wissenschaft' 1970 S. 334/343 mit der Übersicht über die vier technischen Revolutionen der menschlichen Geschichte.

[3]) Baade war noch nicht die ökologisch bedeutsame Tatsache bekannt, dass im Tropengürtel die Tropenregen die Nährsalze aus dem Boden auswaschen und gerodeter Boden wegen Umwandlung in unfruchtbaren Lateritboden nach 2 bis 3 Jahren Anbau nicht mehr haltbar ist.

heisst Malthus widerlegt sei und dass auch das Energieproblem durch die Konstruktion von Atomreaktoren lösbar sei. Und 1964 hat in einem Festvortrag vor der Schweizerischen Gesellschaft für Volkswirtschaft und Statistik «Gedanken über die Wirtschaft in 100 Jahren» Professor Dr. W. A. Jöhr[4] in bestechender Weise eine optimistische Entwicklung der Weltwirtschaft unter friedlichen Bedingungen gezeichnet, die unter sorgfältiger Verwertung einer umfassenden Berücksichtigung der damals greifbaren Literatur für die kommenden 100 Jahre eine 19 bis 51fache Erhöhung des Sozialproduktes und eine entsprechende Steigerung der Reallöhne voraussah. Als Grundzüge der Entwicklung bezeichnete der Verfasser die Bevölkerungsentwicklung, die Erhöhung der Produktivität und die Vermehrung des Realkapitals, worauf die Hemnisse des Wachstums besprochen wurden, wobei aber in erster Linie die Tatsache zu wenig oder gar nicht berücksichtigt wurde, dass das Wachstum der Produktivität letzten Endes immer ein Energieproblem ist. Daher hat der Physiker Prof. Haber in seinen Vorträgen über die «Zukunft unseres blauen Planeten» auf die energetische Grenze aller jener Probleme hingewiesen, welche durch die Untersuchungen des «Club of Rome» in das Blickfeld der Weltöffentlichkeit gerückt worden sind. Die Energiekrise des Jahres 1973/74 zeigte, wie die gedankenlose Wachstumseuphorie der 60er Jahre vor den naturwissenschaftlichen und technologischen Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht bestehen kann [5].

Inflation und Wachstum

Unserer Meinung nach ist letzten Endes *jede Inflation* (respektiv Geldentwertung) auf die Vermehrung der zahlungsfähigen Umlaufmittel zurückzuführen. Es gibt zwei Hauptquellen der Inflation: Entweder der Staat druckt direkt oder indirekt Papiergeld oder im volkswirtschaftlichen Prozess wird Grundrente kapitalisiert und werden so durch «schöpferischen Kredit» neue Geldzeichen im Umlauf gebracht. Diese Grundregeln der nationalen Volkswirtschaftslehre haben auch in der Nachkriegszeit ihre Geltung behalten, wenn sie auch im theoretischen Verständnis der Wirtschaftspolitiker überdeckt wurden durch die Lehren von Keynes im Zusammenhang mit der Diskussion der grossen Weltwirtschaftskrise der dreissiger Jahre, wonach durch abgestimmte Kredit- und Investmentspolitik die wirtschaftliche Konjunktur grundsätzlich gesteuert werden könne. In der Zwischenzeit aber hatte sich eine Weltwirtschaft entwickelt, welche den nationalen Rahmen der Wirtschaft sprengte und damit der greifbaren theoretischen Deutung entglitt. Gegenwärtig verfügt die Nationalökonomie über keine die neuen Tatsachen der Weltwirtschaft voll[5] umfassenden

---

4) Sonderdruck aus «Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistiken 1964, Heft 5. S. 369/398.

5) Siehe Profil Juniheft 1963, S. 165.

Theorie. Ein entsprechendes Gebäude für die Erklärung und Deutung der Entwicklung der Weltwirtschaft muss erst noch geschaffen werden. Offenbar sind in den Studien des Clubs von Rom theoretische Ansätze zu einer globalen Betrachtungsweise vorhanden, welche geeignet sind, praktische Wege für die weltwirtschaftliche Entwicklungspolitik zu weisen. Die weltweite Inflation ist nur zu bannen, wenn es letzten Endes gelingt, die staatliche Defizitwirtschaft einzudämmen und das gesellschaftliche Wachstum der Industrie- und der Entwicklungsländer in geregelten Bahnen zu fördern. Wann und wie sich die weltweite

Wirtschaftskrise

bannen lässt, ist fraglich. In den USA wird angesichts der steigenden Arbeitslosenziffern und den Krisen der Automobilindustrie und des Baugewerbes in Gewerkschaftskreisen von einer Katastrophe gesprochen, die abgewendet werden müsse: in Grossbritannien und Italien haben die Arbeitslosenziffern die Millionengrenze überschritten, in Frankreich und Westdeutschland nimmt die Arbeitslosenzahl und die Teilarbeitslosigkeit ebenfalls beträchtlich zu. Auch in der Schweiz mehren sich die Anzeichen für einen langsamen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität: Die Börsenkurse pendeln um einen seit Jahren nicht erreichten Tiefstand, Geldmarkt- und Kapitalzinsen haben ein durchschnittliches Niveau von 7 bis 10 und mehr Prozent erreicht, Automobilgewerbe und Textil- und Schuhindustrie zeigten deutliche Krisensymptome, der Hochbau, vor allem auf dem Gebiete der Eigentumswohnungen stagniert – es ist in absehbarer Frist eine breite Krise auf dem entsprechenden Liegenschaftenmarkt vorauszusehen, weil am Bedarf vorbei allzuteure Eigentumswohnungen spekulativ gebaut worden sind. Und über all diesen Einzelfakten schwebt die Gefahr der künftigen Belastung der industriellen Volkswirtschaften durch die negativen Zahlungsbilanzen, welche die systematische Erhöhung der Erdölpreise mit sich bringen muss. Die Probleme der öffentlichen Finanzwirtschaft in Form der nur schwer verkraftbaren Defizite in der Bundesverwaltung, den Kantonen und Gemeinden sind bloss ein ergänzender Faktor, der die Schwierigkeiten beleuchtet, welche der allgemein geforderte Kampf gegen die Teuerung, mit sich bringt. Es kann in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Frage gestellt werden: welche *Aufgaben hat der sozialistische Gedanke in Gegenwart und Zukunft* zu erfüllen. Das wird der Inhalt unserer nächsten Studie sein.